



GRÜNE ERKLÄREN UNS DIE NATURWISSENSCHAFTEN

Annalena Baerbock und der „Kobold“

Mit großem Gedöns und mit Verweis auf unzählige Forscher wollen die Grünen unter anderem eine Luftsteuer einführen, um die Welt zu retten. Das ist sehr ehrenhaft. Doch wie viel verstehen sie eigentlich von dem, was sie sagen? Von Naturwissenschaft und Technik?

Grünen-Chefin Annalena Baerbock gab am Sonntag im [„Sommer-Interview“](#) der ARD (ab Minute 10:00) unfreiwillig Auskunft über den Stand ihrer naturwissenschaftlichen Bildung. Vorbereitet hatte sie sich ganz offensichtlich auf das Thema Recycling von Rohstoffen, das aber irgendwie nicht drankommen wollte. Deshalb nutzte sie die Anfrage eines Zuschauers, um „ihr Thema“ einzuschmuggeln, mit dem sie auf Punkte gehofft hatte.

Der Zuschauer, Koljar (14), fragte: „Warum ist die Verkehrspolitik der Grünen so einseitig auf Elektromobilität fokussiert?“ Diese sei weder ökologisch noch langstreckentauglich. Er will wissen, ob es nicht mehr Technologieoffenheit und Erfindergeist bräuchte.

„Technologieoffenheit“, das war das Stichwort für Annalena

Baerbock und sie schnatterte fröhlich los: „Selbst wenn du das jetzt nicht angesprochen hast...“ – dass man auch die Recyclebarkeit von Stoffen im Auge haben müsse, zum Beispiel bei „Kobold“. Immerhin gäbe es jetzt bereits Batterien, die [erneut falsche Bezeichnung:] ohne „Kobold“ auskämen.

„Kobold“ also. Kobold ist ein Märchenwesen, das dem Menschen lustige oder weniger lustige Streiche spielt. Bestenfalls, für die Älteren, gibt es ihn noch als Staubsauger bei Lorient. Was sie meinte war Kobalt (Cobalt). Vom Namen her kennen es die meisten noch richtig, einige (Autor dieses Artikels eingeschlossen) wissen, dass es eine Art Metall ist. Manchen fehlt aber selbst dieses rudimentäre Wissen, hier der Chefin der Grünen, Annalena Baerbock.

Die hatte das vermutlich noch nie vorher gehört, „Kobalt“, und erst in der Vorbereitung zur Sendung etwas darüber auswendig gelernt, was jemand für sie aufgeschrieben hatte. Nur dürfte sie dabei in der Eile das „a“ in Kobalt für ein „o“ gelesen haben und dann den sogar ihr vertrauten „Kobold“ herausgelesen und sich eingeprägt haben.

Oder, noch schlimmer, bereits ihr Ghostwriter hat das tückische „a“ mit dem „o“ verwechselt und es der Annalena falsch notiert, die den Fehler dann nicht bemerkte und es als „Kobold“ auswendig lernte. Zwei Doofe also.



Der Moderator der ARD hätte natürlich nachfragen können, ob sie nicht „Kobalt“ meint. Aber entweder traute er sich nicht, weil er damit eine grünrote Herrenmenschin in Verlegenheit hätte bringen können, oder: er wusste es auch nicht. Drei Doofe.

Manchmal kann selbst ein kleiner Nicht-(!)Versprecher Aufschluss geben über das (fehlende) Sachwissen einer Grünen. Hier holte sie zusätzlich die eigene Selbstüberheblichkeit ein, die dafür sorgte, dass sie, ganz von sich überzeugt, nicht denken mochte, dass ihr katastrophales Unwissen einmal offenbar werden könnte.

Zusätzlich verhalf Baerbock die ängstliche Haltung der Presse am Sonntag dazu, dass ihre Ahnungslosigkeit nicht wegerklärt wurde, weil der Moderator zu feige war, das anzusprechen oder es sogar selbst nicht wusste. Irgendwann offenbart sich ein System der Trottel und der Idioten aus einer inneren Gesetzmäßigkeit heraus dann doch von selbst. Das war am Sonntag mit der Grünen Annalena Baerbock in der ARD so der Fall.

(Spürnase: VivaEspaña)



Protest gegen Ungleichbehandlung von Lesben und Schwulen

Bei bester Laune verkündete die lesbische Dominique King gestern auf dem Christopher-Street-Day in Berlin, dass sie als Lesbe immer noch unter Ungleichheit zu leiden habe. So beklagte die Organisatorin der Veranstaltung, dass sie als Lesbe nicht automatisch (zweite) Mutter sein könne, wenn ihre Frau ein Kind kriegt. So wie sonst der Vater automatisch der Vater ist. Dominique wörtlich in der [Aktuellen Kamera](#) vom 27.07. (ab 11:58) :

Wenn zwei lesbische Frauen heiraten, dann ist es noch lange nicht so, dass die zweite Frau, äh, die zweite Mutter ist, sondern das muss dann adoptiert werden. Und wenn jetzt'n Hetero-Pärchen 'n Kind kriegt, dann ist automatisch der Vater, der, ja, der Mann der Vater.

Richtig, der Vater ist der Vater, wobei der Gesetzgeber davon ausgeht, dass die Ehe monogam ist und die Frau vorher nicht fremdging. Dies vorausgesetzt kann nur der Ehemann der Vater sein und eine Frau schon gar nicht, denn ihr fehlt der wesentliche kleine Unterschied.

Sobald aber eine Frau nach einer Scheidung noch einmal heiratet, und es klar ist, dass der neue Mann nicht der

leibliche Vater sein kann (Einschränkung siehe oben), hat dieser ebenso bestenfalls das „[kleine Sorgerecht](#)“, darf also in konkreten Alltagssituationen (mit)entscheiden, wenn die Mutter ihm das erlaubt. Es besteht somit Rechtsgleichheit zu anderen lesbischen Partnerinnen wie Dominique, die ebenfalls keine leiblichen Elternteile sein können.

Frau King muss hier leider auf die angenehme Opferrolle der Diskriminierten verzichten. Vielleicht fällt ihr ja noch was anderes ein bis zum nächsten Christopher-Street-Day.



Die Gewaltlust von Saarlouis – lauter Einzelfälle?

In Saarlouis – [PI-NEWS-Leser wissen es](#) – wüteten Ausländer gegen alles, was ihnen nicht in den Kram passte. Also gegen Polizei und Sicherheitskräfte, gegen Frauen, gegen Männer. Wir hören sie schon, diese Journalisten: Das sind Einzelfälle! Nicht verallgemeinern! Nicht pauschalisieren!

Aber das können wir als vernünftig denkende Menschen nicht länger akzeptieren. Das Einzelfall-Gerufe ist pathologischer Unsinn. Gefährlicher, rotgrüner Unsinn noch dazu.

Wir wissen es, viele Normalbürger nicht. Wieso aber ist der Vorfall von Saarlouis dennoch wichtig und bedeutend?

Ganz klar: Medial aufgegriffene Fälle wie Saarlouis ermöglichen uns, die wir die Zustände klar sehen, jene Bürger im Alltag aufzuklären, die noch an die gute alte Bundesrepublik glauben. Saarlouis ist ein Türöffner. Das heißt: Mit der aktuellen Nachricht „Saarlouis“ können wir Nachbarn, Freunde, Verwandte an die sprichwörtliche Hand nehmen.

Und dann packen wir Udo Ulfkottes Vermächtnis „[Alles Einzelfälle](#)“ oder Ellen Kositzas „[Die Einzelfälle](#)“ hinein. Also entweder direkt die Bücher – oder ihre Inhalte. Denn so kann man aufklären, und zwar wirkungsvoll, faktenbasiert.

Nehmen wir uns zunächst Ulfkotte vor. Er listet in seiner Fleißarbeit Straftaten auf und stellt dem Tatbestand die Berichterstattung gegenüber, in deutschen wie in ausländischen Medien. Ulfkotte nennt Täter auf Basis von prüfbaren Forschungsergebnissen und stellt die entscheidenden Fragen: Ist Integration überhaupt denkbar, wenn selbst unsere einfachsten Verhaltensnormen und Tabus etwas sind, das viele Fremde nicht kennen?

Was in unserem eigenen Land und anderswo in Europa mit Frauen und Mädchen geschieht, ohne dass es zur Rebellion kommt, ist nach der Lektüre kaum zu glauben. Aber vielleicht wissen es auch zu wenige Leute? Saarlouis und Co. – wir müssen diese traurigen „Einzelfälle“ nutzen, um unsere Mitmenschen aufzuklären!

Die hervorragende Ergänzung zu Ulfkottes Meisterstück liefert die konservative Publizistin und siebenfache Mutter (!) Ellen Kositzka. Sie schaut sich besonders die Frauensituation an. Und da muss man zunächst konstatieren: Die begeisterten Refugees-Fans sind meistens Frauen! Linke Frauen. Emanzen. Aber wie geht das eigentlich: Feministin zu sein, links und islambegeistert?

Kositzka urteilt hier gewohnt scharfzüngig. Sie schont dabei

weder Männer noch Frauen. Wo Hasenfüßigkeit und Hausherrenjustiz sich als Alternativen gegenüberstehen, wofür entscheiden wir uns? Für das Weiterwimmern? Oder fürs Aufbegehren? Kositzka weiß, wo es lang gehen müsste ... und wir wissen es auch.

Die Marschrichtung für den Sommer ist klar: Saarlouis aufgreifen, Ulfkotte lesen, Kositzka verstehen – Mitmenschen überzeugen! Noch ist nichts verloren.

Wir geben unsere Art zu leben und zu fühlen nicht auf. Das sind wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig. Oder?

Bestellinformationen:

- » Sparpaket „Einzelfälle“: Ulfkotte und Kositzka im Angebot – kann [hier bestellt](#) werden
- » Udo Ulfkotte: „Alles Einzelfälle“ – kann [hier bestellt](#) werden
- » Ellen Kositzka: „Die Einzelfälle“ – kann [hier bestellt](#) werden



Düsseldorf: 60 Nafriis wollten Rheinbad übernehmen – Räumung

Am Freitag musste das Düsseldorfer Rheinbad erneut geräumt werden. Rund 60 Nafriis hatten versucht die Kontrolle über das Bad zu übernehmen, in dem sich zu dem Zeitpunkt etwa 1.500 Besucher aufhielten.

Die Gäste der Kanzlerin besetzten eine Wasserrutsche und einen Sprungturm und verboten den anderen Badegästen, also vorwiegend jenen, die der [deutschen „Köterrasse“](#) angehörten, die Benutzung. Bademeister und Sicherheitsleute waren hilflos, angesichts der Gewaltbereitschaft des Mobs. Und weil afrikanische Machos sich von einer Frau schon gar nichts sagen lassen, wurde der verantwortlichen Schichtleiterin angedroht, sie [„an die Wand zu klatschen“](#).

Gegen 17.45, als die Lage zu eskalieren drohte, wurde die Polizei alarmiert, diese half dann, laut [Polizeibericht](#), bei der „Durchsetzung des Hausrechts“. Um weitere „Konflikte“ mit den „Jugendlichen“ zu vermeiden wurde das Bad geräumt. Von zwei (!) Personen seien die Personalien aufgenommen worden.

Erst kürzlich gab es im Rheinbad einen [Großeinsatz der Polizei](#), als rund 400 hochaggressive Nafris (polit. korrekt: „Jugendliche“) randalierten und sich infolge sogar mit den Beamten anlegten. Auch da musste das Bad aus Sicherheitsgründen geräumt werden.

Immer mehr Bäder klagen über diese und ähnliche Probleme mit den [„Plus-Deutschen“](#). Den Anordnungen des Personals wird nicht nachgekommen, stattdessen wird gedroht, geschlagen, gegrapscht, vergewaltigt und [das Gelände zugemüllt](#). Das Personal ist hilflos und wie es aussieht, der Staat ebenfalls. Aus Angst vor den neuen Herren im Land wird „geräumt“, ein Bad, eine Diskothek, eine Festveranstaltung – sich fügen und unterwerfen oder weglaufen und in Deckung gehen. Wenn das die Zukunft für die Deutschen im eigenen Land ist, dann hat Deutschland keine Zukunft. (lsg)

So sieht „Badespaß“ im Düsseldorfer Rheinbad aus:



Zwei „deutsche“ Fußballspieler in London überfallen

Zwei „deutsche“ Fußballspieler wurden in London Opfer eines versuchten Raubüberfalles, Mesut Özil vom FC Arsenal und sein Teamkollege Sead Kolasinac. Die „Deutschen“ zeigten bei dem Überfall recht unterschiedliche Nerven, wie der [FOCUS](#) berichtet:

Unbekannte haben in London versucht, den deutschen Fußballstar Mesut Özil vom FC Arsenal und seinen Teamkollegen Sead Kolasinac auszurauben. Auf einem Überwachungsvideo ist zu sehen, wie ein offenbar mit einem Messer bewaffneter Mann an die Autotür tritt, wo Özil sitzt. Kolasinac schlägt die Angreifer schließlich in die Flucht.

Özil saß in einem Mercedes G-Klasse-Geländewagen, als sich der Vorfall ereignete. Laut „Daily Mail“ waren die Angreifer auf einem Roller unterwegs. In dem Video, das auf Twitter verbreitet wurde, ist ein Mann mit Helm zu sehen. Der Ex-Schalcker Kolasinac, der wohl am Steuer saß, soll aus dem Wagen gesprungen sein und die Angreifer vertrieben haben.

Özil rannte dem Bericht zufolge in ein türkisches Restaurant. Mitarbeiter seien daraufhin zur Hilfe geeilt. Einem Zeugen zufolge hätten die Männer Özil zuerst sogar noch verfolgt.

„Özil sah aus, als würde er um sein Leben rennen“, zitiert die „Daily Mail“ den Zeugen.

Nun, so sind sie eben, „die Deutschen“: Einer hat Eier in der Hose und wehrt sich gegen einen Messermann, der gegen die Autotür tritt, der andere verliert seine Nerven und rennt wie um sein Leben in ein türkisches Restaurant. Ein Querschnitt der deutschen Gesellschaft, gewissermaßen.



Siegen/NRW: Sieben „Südländer“ versuchen Frau zu vergewaltigen

Von JOHANNES DANIELS | Unvorstellbarer Horror für eine Frau aus dem „Siegerland“ bei Siegen im Kalifat NRW – das im Zuge des [einzigartigen historischen Experiments](#) nun immer mehr zum „Verliererland“ für Frauen jeden Alters wird. Die Polizei Siegen fahndet jetzt sogar mit Phantombildern nach zwei von sieben Triebtätern, die bereits am Morgen des 14. Juli versucht haben, in Kreuztal-Ferndorf eine 27-jährige Frau zu vergewaltigen. Die junge Frau war nach dem Besuch eines nahen Tanzclubs in der Marburger Straße auf dem Nachhauseweg, als sie bemerkte, dass ihr laut Polizeibericht [„eine Gruppe von sechs bis sieben Männern“](#) folgte. Die vom Merkersystem importierte Horde stellte ihr nach, folgte ihr von einem

Bahnübergang bis zu einem Waldstück neben einem Bolzplatz.

„Männergruppe“ attackiert Passantin – diese wehrt sich gegen sieben Täter

Drei der Männer hatten sie sodann eingeholt, brutal attackiert und festgehalten und versuchten ihr in gewohnter Taharrush-Manier, die Kleidung vom Leib zu reißen. Die couragierte Frau hatte sich aber mit Schreien und Tritten so intensiv gewehrt, bis die bis zu sieben Täter von ihr abließen und „flüchteten“.

Basierend auf den Angaben des Opfers [wurden Phantombilder](#) erstellt. Bei den Angreifern soll es sich um Männer im Alter von Anfang 20 bis Mitte 30 mit südosteuropäischer Herkunft gehandelt haben. Zwei der Täter trugen Sturmhauben. Die Ermittler betonen, dass erst jetzt öffentlich gesucht wird, „weil sie verschiedene Spuren und Ermittlungsansätze bearbeitet haben“ – wohl ohne größeren Erfolg. Das Siegener Kriminalkommissariat 1 bittet unter 0271 70990 um Hinweise.

„Siegen“ steht heute für „Verlieren“

Während die Systemparteien damit beschäftigt sind, mit krimineller Energie gegen „Klimasünder“, Sparer, Eigentümer und verantwortungsvolle „Bürgerlich-Konservative“ immer stärker verfassungswidrig vorzugehen, wüten ihre bunten steuerfinanzierten „Ehrengäste“ Woche für Woche in unseren Straßen und Parks.

Es ist noch nicht einmal sechs Wochen her, dass direkt in Siegen ein deutscher Familienvater von einem 15-jährigen „Libanesen“ (einem Palästinenser) an einer Bushaltestelle brutalst ermordet wurde. Bereits im Vorfeld der Tat kam es immer wieder zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen dem „deutschen Täter“ (Mainstream-Medien) und der Familie des Opfers, so auch am Tag des Mordes, als der Vater seinem attackierten Sohn couragiert zu Hilfe eilen wollte. [PI-NEWS berichtete detailliert](#) über diesen Fall und den fehlenden Aufschrei der „Zivilgesellschaft“ und der Medien, die dieses

Regime der Gewalt stillschweigend akzeptieren und so gut wie es geht vertuschen.



ARD-Spezialist erklärt, wie man nach Stasiart „Öko-Nazis“ bloßstellt

Den Nachbarn aushorchen, aggressiv gegen seine Meinung vorgehen, ihn öffentlich anprangern oder geheim einem Überwachungsorgan melden. Das kennt man aus DDR-Zeiten, das sollte vorbei sein in Deutschland. Mitnichten!

Seit einiger Zeit wird von Links wieder offen denunziert, durch Druck auf Banken, Betriebe und Werbekunden werden („rechte“) Existenzen bedroht bis zerstört und gerne wird auch gewaltsam gegen alle Nichtlinken vorgegangen.

Stasimethoden sind wieder hoffähig und werden seitens der Journaille und der Politik ganz frank und frei als gute Taten gefördert und gelobt.

Jüngstes Beispiel, Professor Niko Paech (58) von der Universität Siegen, Referent der „Tele-Akademie“ des SWR (ARD).

In einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ erklärt er, wie

Ökofaschisten all jene, die sich nicht ihnen, ihrer Volksdressur und den absurden linken „Wahrheiten“ anschließen am besten fertig machen können.

Die [Anweisungen des Professors](#):

Menschen müssten auch mal einen Streit beginnen, wenn der Nachbar eine Kreuzfahrt buche. Sie müssten andere fragen, mit welchem Recht sie eigentlich einen SUV führen oder eine Flugreise in den Skiurlaub machten.

„Wir brauchen also tatsächlich wieder im zwischenmenschlichen Bereich ein Regulativ“, [so Paech](#).

Seine große Sorge ist, dass es keine politische Mehrheit geben könnte, für eine exorbitante Öko-Steuer, die bewirken könnte, dass weniger geflogen, weniger Auto gefahren würde oder andere klimaschädliche Aktivitäten reduziert würden. Deshalb will er dafür sorgen, dass diese „klimaschädlichen“ Menschen, die „mit Zähnen und Klauen ihren Wohlstand verteidigen, ihre Handlungsmuster veränderten“. Das kennen wir doch?

Paech fordert, nach „Fridays for Future“ eine „nächste Entwicklungsstufe“. In seiner Vorstellung eine, wo Nachbarn, (bisherige) Freunde und Verwandte einen Streit mit vermeintlichen Klimanazis beginnen, sie zur Rede und bloßstellen – wegen ihrer Urlaubsgewohnheiten, ihres Autos oder ihres Konsumverhaltens.

Armut für alle!



Paech wünscht sich auch ein Abbauen der Arbeitszeiten, Verringerung des Einkommens, das Senken des Konsums jeder Art und natürlich weniger Wohnraum. Alles im Dienste „globaler Gerechtigkeit“. Die dann „freie Zeit“ sollte der gehorsame Bürger in Nahrungsmittelanbau oder Reparatur von Gütern zur „gemeinschaftlichen Nutzung“ stecken.

Zur Verwirklichung seiner Träume schwebt Paech eine Steuer, „die uns wirksam Urlaubsflüge, den Fleischkonsum, den Wohnraum, das Autofahren und den übermäßigen Konsum madig macht“, vor.

Der Plan des Professors sieht grob zusammengefasst also de facto vor:

Ein Sterben jeglicher deutschen Industrie, weniger Arbeit für alle, und Verarmung der deutschen Gesellschaft zum Wohle der Ballastexistenzen aller Herren Länder, die bisher nichts auf die Reihe bekommen haben. Technische Errungenschaften aller Art, Werkzeuge und Dinge des täglichen Bedarfs sollten gemeinschaftlich genutzt werden. Zusätzlich eine Steuer, die selbst jene Deutsche, die dann ohnehin nichts mehr haben dazu nötigt den Kit aus den Fenstern zu kratzen. Keine neuen Wohnungen. Die dann verarmten Bürger sollten sich auf engstem Raum zusammenpferchen – das würde wohl auch gleich, auf natürliche Weise die Raumtemperatur steigern. Wer noch nicht

ganz unten angekommen ist und sich dann doch noch etwas leistet, sollte öffentlich bloßgestellt werden

Man mag nun denken, das sei eben die Meinung eines einzelnen Linken. Fakt ist aber, dass er und andere seines Kalibers an Hochschulen und Universitäten die nächsten Generationen indoktrinieren. Wenn's klappt, fahren wir in gar nicht so ferner Zukunft gemeinschaftlich mit Eselskarren aufs Feld, um es zu beackern und dessen Früchte mit den eingeschleusten „Traumatisierten“ zu teilen, bevor wir nach getaner Arbeit in ein Bett schlüpfen, das ein anderer deutscher Sklave eben verlassen hat, um zum nächtlichen Kehren der Straßen aufzubrechen. Wer aus der Reihe tanzt oder Widerworte formuliert kommt mit oder ohne Schandmaske an den Dorfpranger mitten am Marktplatz, wo alle, die noch Punkte sammeln müssen, um einen extra Laib Brot zu bekommen, ihn bespucken und beschimpfen dürfen. (lsg)



Michael Klonovsky über einen Moslem und sein „Leiden“ in Deutschland

„Muslime, sei stolz!“ [ruft](#) ein *Tagesspiegel*-Gastbeiträger ins Land. Wer bislang meinte, dass viele unserer muslimischen Mitbürger gerade mit Stolz hinreichend versorgt seien, am Ende

sogar noch ausreichender als mit Gründen dafür, spitze also die Ohren. „Angst vor dem Islam zu haben, entspricht dem deutschen Zeitgeist und führt zu Hass oder Überheblichkeit“, steht über dem Artikel. Es sei „endlich Zeit, sich zu wehren“.

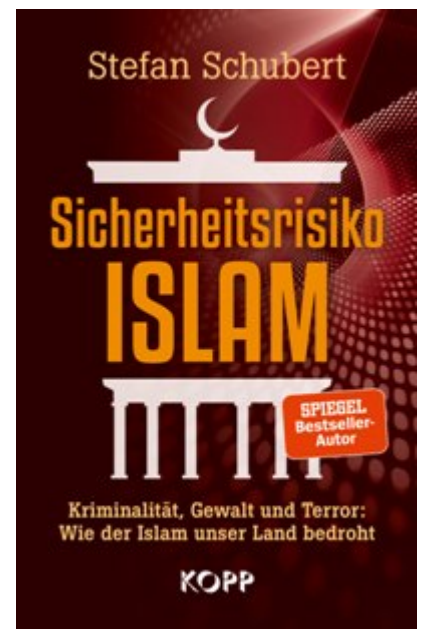
Angst führt zu Überheblichkeit? Na was denn sonst! Deswegen blickten unsere Uraltvordern immer ein bisschen von oben herab auf Mammut, Höhlenbär und Säbelzähntiger. Auch aus dem Boxring kennt man dergleichen, Mike Tyson etwa wurde von seinen Kontrahenten stets mit äußerster Herablassung behandelt; kein Wunder, dass er durchdrehte und sie oft schon in der ersten Runde ausknockte.

Der Autor des Kommentars, Walid Nakschbandi, ist ein – ich hoffe, ich schreibe jetzt nichts Falsches – aus Afghanistan stammender Deutscher, „Produzent und Manager“ (Wikipedia) bei Holtzbrinck, abgebrochener Jurist und vollendeter Politikwissenschaftler. All das bemerkt der Leser seines Textes sofort. Die thymotische Beschwörung hebt an mit einem Ländervergleich: Einige Tage vor Beginn des Ramadan habe die südafrikanische Supermarktkette „Pick n Pay“ in ihren Läden Plakate aufgestellt, auf denen stand: *Wishing all our Muslim customers well in the Holy Month of Ramadan*. „Für die meisten Kunden, die in diesen Tagen neben mir durch die Regale schlenderten, war das eine selbstverständliche, respektvolle Geste gegenüber einer von vielen Religionsgruppen im Land. Für mich war es mehr. Ein Anlass, über meine Heimat Deutschland nachzudenken. Und ihren Umgang mit Muslimen.“ (Woher der Mann weiß, was „die meisten Kunden“ so denken? Na das spürt man doch!) Spontan habe er sich gefragt, ob Deutschlands Supermarktketten auch auf eine solche respektvolle Idee kommen würden. „Wohl eher nicht. Deutschland ist für seine Technik, die Motoren und die Pfennigfuchseriei bekannt, aber nicht als Mutterland der Sensiblen, Empathischen und Einfühlsamen“, als welches bekanntlich Afghanistan gilt, knapp vor Pakistan.

In Rede steht also die deutsche Unwillkommenskultur bzw. Willkommenskultur. Schon bei dreißig Milliarden Euronen pro

Jahr für die seit 2015 neu Hereingeschneiten beginnen die Pfennigfuchser zu maulen oder gar AfD zu wählen. Aber eines wahrscheinlich gar nicht mehr fernen Tages wird das deutsche Sozialsystem so kaputt sein, dass diese nur steuerlich erzwungene Empathie endet, dann schauen wir, wie es mit der authentischen Einfühlsamkeit *vice versa* weitergeht. Hadmut Danisch, der sich der Glossierung dieses begnadeten Textes auf seine bekannt sensible Art angenommen [hat](#), weist darauf hin, dass es in Südafrika kein Sozialsystem gibt. Davon abgesehen, dass die Medien hierzulande ihre verbliebenen Konsumenten von Jahr zu Jahr immer mehr mit Ramadan-Berichten erfreuen – und, was mich betrifft, den Appetit auf Wein, Meeresfrüchte und Schweinefleisch schon mittags prachtvoll aufblühen lassen –, würde ich deshalb folgende Spielmodusänderung vorschlagen: Deutschland fährt die Sozialleistungen für muslimische Migranten auf südafrikanisches Niveau herunter, im Gegenzug übernehmen alle deutschen Supermarktketten die *Wishing well*-Kampagne von „Pick n Pay“. Deal?

„Dem Zeitgeist entspricht es eher, vor ‚dem Muslim‘ Angst zu haben“, fährt Nakschbandi fort. „Schließlich könnte er jederzeit in der Fußgängerzone sein Messer zücken oder mit seinem Sprengstoffgürtel um den Bauch ‚Ungläubige‘ in die Luft jagen oder ‚unsere‘ deutschen Frauen vergewaltigen.“ [..]



„Gegen die ‚German Angst‘ sind Muslime scheinbar machtlos, nein, schlimmer noch, sie sind ihr ausgeliefert“, setzt unser Feindbild-Designer seinen aggressiv-larmoyanten Schmähtext fort. „Dabei haben hier auch vor der sogenannten Flüchtlingskrise viele Millionen Muslime friedlich gelebt. Die

meisten von ihnen hießen damals nicht nur im deutschen Gossenjargon ‚Kümmeltürken‘ oder ‚Muselmänner‘. Sie waren zum großen Teil Gastarbeiter, die den deutschen Wohlstand und das Wirtschaftswunder realisierten.“ [..]

Die Behauptung, Gastarbeiter hätten einen Anteil am „Wirtschaftswunder“, ist eine Propagandalüge. Es mag freilich sein, dass sie bald den Weg in die Schulbücher findet, denn wir sind ja „kultursensibel“ (= feige) und wollen „niemanden ausgrenzen“.

(Den ganzen Text kann man auf [Michael Klonovskys acta-diurna](#) lesen.)



Gibt es ein Volk?

Man darf sich nicht täuschen: Das Urteil des Verfassungsgerichts gegen die neonazistische NPD vor einigen Jahren betraf nicht nur Skinheads oder Ewiggestrige. Das Urteil traf die gesamte nichtlinke politische Sphäre! Warum das so ist? Das Institut für Staatspolitik zeigt es in seiner unverzichtbaren Studie „[Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?](#)“

Deutlich wird: Weil das Bundesverfassungsgericht in der neueren Rechtsprechung ein die Existenz eines Volkes leugnendes Menschenbild juristisch verewigt, sind wir alle als „Extremisten“ bedroht, wenn wir dagegen Widerspruch äußern!

Denn wer weiter auf dem Volk beharrt und sagt: Ja, es gibt Deutsche, ja es gibt Menschen hier, die keine Deutschen sind – der ist für die „[Verfassungsschützer](#)“ ganz klar ein „Rechtsextremist“, siehe „[Identitäre Bewegung](#)“!

Damit passt sich Karlsruhe also auf dieser rechtlichen Ebene einer seit Jahrzehnten herrschenden Politik an, deren wesentliches Kennzeichen es ist, die Rechte des Einzelnen gegen die Rechte der Gemeinschaft künstlich in Stellung zu bringen. Die Volks-Verleugnung führt am Ende zu einer Auflösung aller Strukturen und Institutionen, in denen der Mensch Halt finden konnte (Ehe, Familie, Volk usw.).

Diese Rechtsprechung ist aber – und das muss betont werden – weder mit Entstehungsgeschichte, noch mit Geist und Buchstabe des Grundgesetzes, noch mit der über Jahrzehnte hinweg geltenden Gesetzeslage in der Bundesrepublik in Übereinstimmung zu bringen.

Wer glaubt, dass diese Fragen nicht wichtig sind bzw. nur einige Fachleute beschäftigen sollten, irrt grundlegend. Diese Fragen, die die IfS-Studie auf den Punkt genau beantwortet, sind für jeden Patriot un verzichtbar. Für jeden. Weil über jedem von uns das Damoklesschwert der Verfassungsschutzbeobachtung hängt, seitdem es offiziell kein „Volk“ mehr geben soll.

Wer behauptet, es gibt Deutsche und diese Deutschen muss man schützen – der ist fortan als Extremist zum Abschuss freigegeben. Das hat die Identitäre Bewegung zuletzt gespürt. Ihr einziges „Verbrechen“: Sie sind gegen Multikulti und wollen die Vielfalt der Völker bewahren.

Diese patriotische Grundhaltung der jungen Aktivisten ist seit „Karlsruhes“ Umschwung also extremistisch. Man muss sich damit auseinandersetzen, um dem wirkungsvoll begegnen zu können. Kenntnisreich, faktenfest und mutig. Dafür ist die vorliegende IfS-Studie eine unermesslich große Hilfe. Nutzen wir sie,

verbreiten wir sie, verstehen wir sie. Das Tolle: Sie ist auch noch für einen symbolischen „Appel und ein Ei“ zu haben!

Bestellinformation:

» Institut für Staatspolitik: „Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?“ – kann [hier bestellt werden](#).



Dann fliegen wir halt mit Flugscham!

Von WOLFGANG HÜBNER | In meinem politisch keineswegs einseitig oder auch nur mehrheitlich rechtspopulistisch eingestellten Freundes- und Bekanntenkreis gibt es nicht wenige Zeitgenossen, die ganz entschieden dafür sind, etwas gegen den Klimawandel und für den „Klimaschutz“ zu tun. Einige sind auch geradezu gerne bereit für eine CO₂-Steuer oder zu einem anderen finanziellen Opfer für die in ihrem Verständnis so gute wie notwendige Sache. Doch gibt es ein Thema, da werden all diese Freunde und Bekannte entweder sehr schweigsam oder auch gereizt unwillig: Reisen mit dem Flugzeug.

Denn sie sind sich als intelligente Menschen selbstverständlich der Tatsache bewusst, wie klima- und umweltschädlich das Fliegen ist. Aber erstens haben fast alle in ihrem Leben schon so viele Stunden auf den Luftwegen zu deutschen Touristenziele verbracht, dass ihr schädlicher

ökologischer Fußabdruck durch keine Ausgleichsmaßnahme in dieser Welt auch nur mehr annähernd beglichen werden könnte.

Und zweitens denkt fast keiner aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis ernsthaft daran, die ihm verbleibende Lebenszeit ohne weitere Flüge zu schönen Stränden, exotischen Ländern oder auch nur nach „Malle“ zu fristen und sich stattdessen auf Bahnreisen nach Mecklenburg-Vorpommern oder Oberbayern zu beschränken. Schließlich lebt man ja nur einmal. Aber mit Sympathie werden gleichwohl die jugendlichen Greta-Jünger betrachtet, von denen viele gerade in diesen Tagen mit den Eltern an fremden Gestaden zu finden sind, die weder mit dem E-Auto noch mit E-Schiffen einigermaßen zeitnah zu erreichen sind.

Da wir Deutschen nicht nur (noch) amtierender Exportchampion, sondern schier unschlagbarer Moralweltmeister sind, werden unter den Sensiblen unserer Mitmenschen bald viele sein, die unter „Flugscham“ leiden. Die Vielflieger in Politik, Medien und „Fridays for Future“-Organisatoren werden es gewiss schon schaffen, dass immer mehr Deutsche mit einem Schamgefühl ins Flugzeug steigen. Das wird zwar der Psyche schaden, voraussichtlich aber nicht den Fluggastzahlen.

Doch selbst wenn wirklich einige Deutsche künftig, unwahrscheinlich genug, aufs Fliegen verzichten sollten: Überall auf der Welt warten Milliarden Menschen sehnsüchtig darauf, endlich auch fliegen zu dürfen. Und dessen sollten wir gewiss sein: Nach zwei verlorenen Weltkriegen und gefühlt 100 Jahren militärisch-gesellschaftlicher Zersetzung unter Angela Merkel werden selbst die deutschen Moralweltmeister die kommende Realisierung dieser Flugwünsche nicht verhindern können.



Wenn Sie also mal in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis ein Gespräch über das Fliegen und den Klimawandel suchen sollten, wozu ich Ihnen rate, seien Sie nicht enttäuscht, wenn es kurz und vielleicht auch etwas gereizt verläuft: Das hat das Thema halt an und in sich. Aber heitern sie Ihre Freunde und Bekannte danach mit einer Bemerkung auf, die der kluge Publizist Sebastian Haffner bereits 1980, damals im Blick auf die Grünen, gemacht hat.

Sagen Sie freundlich lächelnd, die Klimafreunde würden einem Flugpassagier gleichen, den in 10.000 Meter Höhe eine gewisse Flugangst ergreift und der nun alle Mitfliegenden auffordert, sofort die Maschine zu verlassen. Danach ist der Wechsel zu netteren Themen überhaupt kein Problem mehr!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



GB: Boris Johnson wird neuer Premier

Boris Johnson, der ehemalige Bürgermeister von London, wird der neue Premierminister Großbritanniens und tritt damit die Nachfolge der am Brexit gescheiterten Theresa May an. Mit rund [66 Prozent der Stimmen](#) siegte er deutlich vor seinem Kontrahenten Jeremy Hunt, der nur 46.656 der etwa 160.000 Tory-Mitglieder für sich gewinnen konnte.

Der, ähnlich wie Donald Trump, eher wenig diplomatische und der political correctness abgeneigte Johnson wird vermutlich ziemlich frischen Wind in die englische Politik bringen und wohl, wie auch schon in seiner Zeit als Bürgermeister von London, immer wieder durch unkonventionelle Entscheidungen und Aktionen auffallen.

Zu seinen ersten und wichtigsten Aufgaben aber wird es gehören, den Brexit über die Bühne zu bringen. Das hat der gebürtige US-Amerikaner und Brexit-Hardliner auch vor. „Wir werden den Brexit am 31. Oktober erledigt haben“, erklärte Johnson unmittelbar nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Dass er das zur Not auch ohne Deal durchziehen wolle, hatte er schon vor der Wahl verlauten lassen. Er wolle Freundschaft mit Europa aber auch demokratische Selbstbestimmung.

Theresa May, der Johnson mit seinem harten Brexit-Kurs während ihrer Amtszeit das Leben nicht gerade erleichtert hatte, gratulierte nach der Wahl und sagte ihrem Nachfolger „volle Unterstützung“ zu.

Auch [Donald Trump gratulierte](#) mit den Worten: „He will be great!“



Der politische Gegner, Labour-Chef Jeremy Corbyn, findet das alles gar nicht so großartig, er scharrt mit den Hufen und forderte umgehend Neuwahlen. Johnson habe nicht das Land hinter sich gebracht, so Corbyn.

Heute trifft Johnson aber zuallererst einmal auf die Königin. Da der neue Premier, ähnlich wie Queen Elizabeths Gatte Philip, der Duke of Edinburgh, dazu neigt in gesellschaftliche Fettnäpfchen zu treten, was beiden Herren vermutlich ähnlich viel Spaß macht, wird sie mit seiner nonkonformistischen Art wohl vertraut sein.



Johnson nannte nicht nur in einem [Gedichtwettbewerb](#), den die britische Zeitschrift „The Spectator“ anlässlich der [Böhmermannaffäre](#) ausgeschrieben hatte, den türkischen Präsidenten Erdogan einen Wichser, sondern hielt auch schon mal in einem Sikh-Tempel eine Rede über Whisky-Exporte nach Indien.

Mit seinem Limerick über „Erdogan den Wichser“ belegte Johnson übrigens den ersten Platz.

Deal- oder No-Deal-Brexit – so oder so – eines ist sicher, Johnson wird immer wieder für heftiges Rauschen im linken Blätterwald sorgen.



ARD-Volkserzieher: Fliegen nur noch für Reiche

Von [Anja Reschke](#) sind wir ihn ja schon gewohnt, von vielen anderen „Journalisten“ der Zwangsmedien ebenso: Den linken und regimekonformen „Kommentar“. Einmal ganz abgesehen davon, dass

private Meinungen in einem von allen Bürgern erzwungen bezahltem Medium nichts zu suchen haben, werden die gesendeten Beiträge der Dressurelitemedien immer unverschämter. Aktuell durfte Kristin Joachim, von Zwangsbeiträgen bezahlte linke Propagandistin (polit. korrekt: ARD-Hauptstadt-Korrespondentin), ihre Meinung via Millionen-Zuschauer-TV in die Köpfe der Bürger hämmern.

Es ging ums Klima, das angeblich vor uns Menschen, [inkl. unserer Haustiere](#), „gerettet“ werden muss. Dem Klima sind wir völlig egal und das seit Anbeginn. Aber retten ist in: Fluchtsimulanten müssen ebenso „gerettet“ werden, wie Banken und die Finanzen von bis ins Mark korrupten Ländern.

Hüpfen gegen CO2 und Rechts allein reicht nicht, deshalb muss alles weg, was irgendwie geht. Angefangen werden soll da, wo es dem Establishment nicht weh tut, beim steuerzahlenden und hart arbeitenden Bürger. In diese Kerbe schlug auch Kristin, die Meinungsmacherin und forderte: „Fliegen muss teurer werden. Und zwar ordentlich“. Und weil sogar abgehobene Linke mittlerweile um die Aufmüpfigkeit der denkenden Mehrheit wissen [folgert sie](#): „Der Mensch funktioniert eben nicht über Freiwilligkeit. Er will gezwungen werden.“

Ach so: Gezwungen dem linken Irrsinn zu folgen, gezwungen zu glauben, was die Propaganda uns lehren will. Kein Diesel, keine Haustiere und auch keine Flugreisen für Normalverdiener mehr. Jene, die gar nichts haben, für die gibt's ja bekanntlich mittlerweile nicht einmal mehr ein Dach über den Kopf, denn in diesem Bereich ist bis zum letzten Zimmer alles für Merkels Gäste reserviert.

„Fliegen ist kein Grundrecht“

Kristin Joachim erregt sich übers böse CO2, man könnte ihr angesichts der Schnappatmung sogar Sauerstoffmangel abnehmen, und fordert höhere Flugpreise. Um jeden Widerspruch derer, die das ganze Jahr für eine Woche Sonne und Strand sparen, im Keim

zu ersticken, stellt sie in voller Echauffiertheit und Stakkatosprech klar:

„Fliegen ist auch kein Grundrecht.“

Das heißt also, Claudia Roth und Konsorten und natürlich vom Bürger gut bezahlte Regime-Journalisten, sollen auch weiterhin fliegen können, egal wohin, egal wie weit – wenn man Geld hat, kostet es ja trotzdem kaum etwas. Als Argument haut sie uns zusätzlich um die Ohren, dass ein Großteil der Menschen noch nie ein Flugzeug von innen gesehen hätten und wir, die wir das schon haben, seien ja schließlich schuld am sogenannten Klimawandel.

Der deutsche Michel soll also büßen – wie er es gelernt hat – nur noch am Balkon (so er einen hat) campieren und dabei statt aufs Meer auf Messerstechereien, Zigeunermüll und Antanzfolklore schauen. Sicher, er könnte auch in den Schwarzwald oder an die Ostsee fahren, aber bitte im für ihn unbezahlbaren Elektroauto, wo fürs Aufladen der Batterie der halbe Urlaub drauf geht und die dazugehörige Kasse gleich mit. Er könnte auch mit der Bahn fahren, so er nicht zu weit weg will, was ihm ja offenbar sowieso nicht zusteht. Das ist aber leider auch sauteuer und man kommt öfter mal nicht da an wo man hin will und schon gar nicht zur geplanten Zeit.



Alles egal, weiter als über den Tellerrand der Greta-CO2-Sekte schauen linke Klima-Propagandisten nicht hinaus. Was sie aber machen, wie man am Beispiel Kristin Joachim gut erkennen kann, sie entlarven sich selbst, als arrogante Bessermenschen, die schon deshalb nicht im staatlichen Fernsehen auftreten sollten, weil sie den Bürgern dieses Landes nicht nur fern sind, sondern diese auch noch von oben herab verachtend

betrachten. Dass das aber jene sind, von denen die GEZ-Kristins leben, das kratzt sie nicht – ist ja alles diktatorisch geregelt. Die Logik dahinter: Wir zahlen das noch leichter, wenn wir uns das Fliegen gar nicht mehr leisten können. (lsg)



„Held“ von Voerde ein „Kind“ der Kanzlerin

Während vom „Bahnhofsschubser“ von Voerde ([PI-NEWS berichtete](#)) lange Zeit nur bekannt wurde, dass es ein „Mann“ ist, von dem die Polizei aber das genaue Alter (28) wusste, lief es bei der Identifizierung eines irakischen „Helden“ schon schneller mit der Angabe zur Herkunft. Dieser soll den Täter nach James Bond-Manier aus den Augenwinkeln beobachtet und nach der Tat dann „heldenhaft“ überwältigt haben.

Der [Focus](#) berichtet über den Helden von Voerde:

Ein 31-jähriger Iraker hat sich nach FOCUS-Online-Informationen unmittelbar nach dem tödlichen Bahnsteig-Angriff von Voerde (Nordrhein-Westfalen) auf den Täter gestürzt, ihn fixiert und bis zum Eintreffen der Polizeifestgehalten.

Laut dem Polizisten stand der Iraker mit seiner Familie

zufällig auf dem Bahnsteig und hat das Geschehen „aus den Augenwinkeln heraus“ beobachtet. Als der Täter die Frau ins Gleisbett schubste, habe er sich geistesgegenwärtig auf ihn geworfen. „Wir sind dem Mann wirklich dankbar“, so der Polizeibeamte zu FOCUS Online. „Er hat sehr mutig und heldenhaft reagiert.“

Damit hat der Iraker, dessen Nationalität – natürlich, bei einer positiven Meldung – mehrfach genannt wird, unzweifelhaft Gutes geleistet. Komisch nur, dass von den anderen Passanten nun gar nicht mehr die Rede ist, die ihn gemäß der ersten hier zitierten Meldung des Focus noch festgehalten hatten. Da hieß es noch, dass (mehrere) „Augenzeugen“ den 28-jährigen Täter bis zum Eintreffen der Beamten festhalten konnten.

Die stören wohl, wenn man der überglücklichen Merkel-Mama mitteilen kann, wie toll sich ihre nach Deutschland geholten Schützlinge doch alle machen.



Der freiwillige Selbstmord deutscher Zeitungen

Von WOLFGANG HÜBNER | Die Klagen deutscher Zeitungen über die immer weiter schwindende, manchmal schon existenzgefährdend geringe Zahl ihrer Käufer können jeden nachdenklichen Zeitgenossen nur verwundern. Denn auch wenn die Generation

Internet mit Sicherheit in Zukunft nicht mehr im früheren Ausmaß Zeitungen abonnieren und lesen wird: Jede Zeitung, die sich nicht länger der Gesinnungsdiktatur der „Politischen Korrektheit“ unterwirft und damit der Lücken- und Lügenpresse aufkündigt, wird mit größter Sicherheit ihren täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Absatz deutlich verbessern oder zumindest stabilisieren.

Keine Zeitung, die das macht, wird dadurch zum AfD-Organ, wohl aber zu einem Informations- und Meinungsbildungsfaktor, der die Realität, die ihre Leser erleben bzw. erleiden, wenigstens halbwegs widerspiegelt.

Da die öffentlich-rechtlichen Medien voll in der Hand des Parteien- und Machtkartells, also ein willfähriges Instrument der Gesinnungsdiktatur sind, könnten Zeitungen, die sich von dieser befreit haben, ökonomisch beträchtliche Vorteile ziehen. Sie könnten. Aber sie tun es nicht, weil die Verlage und Verleger offensichtlich lieber ökonomische Nachteile in Kauf nehmen, um weiter politisch konform zu bleiben.

Das ist so eklatant gegen alle Gebote der Marktwirtschaft, dass daraus nur der Schluss gezogen werden kann: Wie in jeder echten Diktatur wird in Deutschland die Marktwirtschaft außer Betrieb gesetzt, wenn sie den Interessen der Macht zu schaden droht. Was ist da eigentlich noch der Unterschied zu chinesischen Verhältnissen?

Und wer will sich noch ehrlich wundern oder gar darüber erregen, wenn mittlerweile ständig mehr Deutsche mit Interesse an unabhängigen Informationen und Meinungen die altehrwürdig bürgerliche Neue Zürcher Zeitung (NZZ) beziehen?

Jeder deutsche Zeitungsleser, der zur NZZ wechselt, ist eine schallende Ohrfeige für die Herausgeber und Macher der sogenannten „Qualitätspresse“, die ein trostloses Unterstützungsinstrument des deutschen Machtkomplexes geworden ist. Allerdings kann die Flucht zur NZZ nicht wirklich die Lösung der deutschen Misere sein. Notwendiger denn je ist – ob nun als Tageszeitung oder im Internet – eine zentrale, journalistisch glaubwürdige, also überparteilich-pluralistische und finanziell unabhängige Stimme für all jene, die der immer totalitäreren Gesinnungsdiktatur neudeutscher Prägung kündigen.



So gut und notwendig all die schon bestehenden freiheitlichen und rechtoppositionellen Informations- und Meinungsquellen gedruckt wie digital auch sind – es fehlt noch etwas, das auch jene Massenwirksamkeit ausüben könnte, die gebraucht wird, um endlich Gegendruck erzeugen zu können. Über dieses Projekt muss es eine konstruktive Diskussion geben. Sonst nutzt auch der freiwillige Selbstmord der Lücken- und Lügenpresse nicht viel.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Deutsche Mainstream-Medien führen Kampagne gegen „rechte“ NZZ

Hans-Georg Maaßen hat es gewagt, die hiesigen Leitmedien mit Zeitungen und Sendern der DDR zu vergleichen und die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) als Westfernsehen zu bezeichnen.

Er hatte Recht. Und das Gejähle im deutschen Blätterwald war groß. Jetzt geben die Mainstream-Publikationen dem ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes sogar noch recht, indem sie eine Kampagne gegen die NZZ gestartet haben.

Das Blatt aus dem eidgenössischen Nachbarland, eigentlich auch nur ein System-Medium, nimmt selten ein Blatt vor den Mund und bedient sich einer deutlichen Sprache, wenn es um Deutschland geht. Die NZZ ist dabei viel objektiver als die meisten deutschen Zeitungen.

Das beschert ihr Erfolg bei Abonnenten und Webseiten-Nutzern. Den etablierten deutschen Medien ist dies natürlich ein Dorn im Auge, weil die offene Kritik der NZZ an vielen Missständen hierzulande erst so richtig offenbart und entlarvt, was die Hofberichterstatter in hiesigen Redaktionen alles verzerren und unterschlagen.

Dabei ist die NZZ nicht einmal DIE Schweizer Zeitung, die in ihren Berichten und Kommentaren über Deutschland am deutlichsten wird...

Das Buch zum Thema:

» Markus Gärtner – „Lügenpresse“, 284 Seiten, statt 19,95 nur 3,99 Euro – [hier bestellen!](#)

